

Haushaltsplanberatungen 2013



CDU – Fraktion Holzwickede



Beratungen des Haushaltsplanes 2013 Ergebnisse der CDU-Fraktion

Haushaltslage

Der am 13.12.2012 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Holzwickede schließt im Ergebnisplan mit 35,068 Mio. € Erträgen und 37,733 Mio. € Aufwendungen. Somit hat der Haushalt ein Defizit in Höhe von 2,665 Mio. €. Mit Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes soll dieser Fehlbetrag verringert werden. Die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ergab sich bereits mit Aufstellung des Haushaltsplanes 2010. Als Zieljahr soll der Haushaltsausgleich weiterhin im Jahr 2014 erreicht werden. Das jetzt vorgelegte Haushaltssicherungskonzept ist eine Fortschreibung des bisherigen Konzeptes mit Korrekturen und Ergänzungen. Damit bleibt für Gestaltung wenig Spielraum, wir sind zur Mangelverwaltung gezwungen.

Situation

Kernaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung ist mit der Aufstellung des Haushaltes die finanzielle Ausstattung der Kommune zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben. Mit Einführung des "Neuen Finanzmanagements" ist Bilanzierung des kommunalen Eigentums mit Rücklagen- und Eigenkapitalbildung erfolgt, was dazu geführt hat, dass hohe Buchwerte v. g. Kapital fordern und binden und damit für Ausgaben nicht zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt aus diesem Grund beteiligt sich das Land NRW für seinen eigenen Haushalt noch nicht am NKF.

Obgleich die Einnahmesituation bei der Gewerbesteuer in Holzwickede stark gestiegen ist, bleibt die finanzielle Unausgeglichenheit des Haushaltes, zumal auch aus diesem Grund die Schlüsselzuweisungen des Landes für Holzwickede entfallen. Unsere Gemeinde gilt als abundant.

Die Pflichtaufgaben müssen erfüllt werden, auf freiwillige Ausgaben (u. a. für Vereine) wollen wir nicht verzichten. In den Jahren der Haushaltssicherung, d. h. noch für 2013 und 2014, gilt es, den Mangel zu verwalten und das Defizit abzubauen. Mit allen Maßnahmen wollen wir der Bürgerschaft dienen und

Nachteile von unserer Gemeinde abwenden und uns für den Erhalt der guten Infrastruktur einsetzen.

Rahmenbedingung Demographie

Wie in der gesamten Bundesrepublik und auch in den Städten und Nachbarkommunen ist über Jahre hinweg ein erheblicher Rückgang der Geburtenzahlen zu verzeichnen. Das geänderte Familienbild und die neuen Lebens- und Berufsbiographien tragen dazu bei. Das führt im Bund zum Umbau der Altersversorgung und zur Neugestaltung der familienpolitischen Leistungen. Im Land ist dem mit der Neuordnung der schulischen Bildungseinrichtungen mit Schulkonsens Rechnung getragen worden. In unserer Gemeinde ist seit Jahren der Demographiewandel anhand der Einwohnerzahlen mit Geburten und Sterbezahlen erkennbar. Darauf hat die CDU-Fraktion ihre gesamte politische Arbeit in den letzten 10 Jahren ausgerichtet. Diese Zahlen sind harte Faktoren und waren immer schon bekannt. Deshalb haben wir auf Grundlage dieser Basis unser politisches Handeln ausgerichtet. Dazu bedurfte es nicht erst der Zusammenstellung der bekannten Daten mit einer Diplomarbeit. Gleichwohl ist interessant, dass mit der im Fachgebiet Raumplanung erstellten Arbeit die Gebäudestruktur in Holzwickede erhoben wurde. Die CDU-Fraktion fordert. anhand vorliegender Zahlen zu handeln. Es ist 5 vor 12, wer jetzt nicht handelt bzw. die Wahrheit der Geburtenzahl ignoriert, gibt seinen Handlungsspielraum auf und muss sich den Vorwurf gefallen lassen, nichts unternommen zu haben.

Demographischer Wandel

Während in allen anderen umliegenden Kommunen die Einwohnerzahl schrumpft, konnten wir entgegen der Prognosen (u. a. der Bertelsmann-Stiftung) mit einigen Abstrichen sie ziemlich konstant halten. Das ist auf Zuzüge in den neu ausgewiesenen Baugebieten (z. B. Ansiedlung "Caroline" = 460 Einwohner, davon 190 Umzüge innerhalb Holzwickedes und 270 Zuzüge aus Nachbarkommunen) zurückzuführen. Damit hat sich die Ansiedlungspolitik der CDU-Fraktion bestätigt und gibt Ansporn, diese fortzuführen. Die Infrastruktur der Gemeinde richtet sich nach der Einwohnerzahl und den Ansiedlungsquartieren. Damit sind wir auf dem richtigen Wege und können den infrastrukturellen Aufbau erhalten. Trotzdem zwingen sich Veränderungen auf, die in der geringen Geburtenzahl und damit einhergehendem höheren Anteil der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Auswirkung findet. Die Errichtung einer Sekundarschule zur Beschulung sämtlicher Holzwickeder Schülerinnen und Schüler neben dem Gymnasium ist bereits daran gescheitert. Ebenso dokumentiert sich der Anteil der Seniorinnen und Senioren an den wachsenden Wohneinrichtungen für diese Zielgruppe. Weiter rückläufige Schülerzahlen infolge

geburtenschwacher Jahrgänge werden den Erhalt der Schuleinrichtungen, insbesondere der Grundschulen, auf den Prüfstein stellen. Für die älteren Mitbürger wird der Bedarf an seniorengerechten Wohnungen und Pflegeeinrichtungen steigen. Dazu ist die Diplomarbeit wertvoll, die aufzeigt, wie viele Wohnungen in den nächsten 20 Jahren frei und wie viele Gebäude vererbt werden. Dabei ist auch der Gedanke des Seniorenbeirates zum "Mehrgenerationenwohnen" hilfreich.

An diesen Zielen sind sämtliche Vorstellungen der CDU-Ratsfraktion orientiert. Neubaugebiete werden nur auf bereits versiegelten Flächen ausgewiesen. Damit ist die Umwidmung des Kasernengeländes in Wohnbebauung gerechtfertigt, ebenso wie die Umwandlung der Fläche des heutigen Neubaugebietes "Neue Caroline". Die Bebauung eines Teils der Friedhofsreservefläche ist mit unseren v. g. Grundsätzen nicht vereinbar, war aber dem fiskalen Haushaltsausgleich geschuldet und wurde der Kommune mit der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes vom Kreis zur Auflage gemacht. Ohne diese Maßnahme wäre Holzwickede im Nothaushalt und könnte den Haushalt nicht mehr selbst bestimmen, davon wären insbesondere alle freiwilligen Leistungen betroffen. Weiteren Baugebieten an Orten, an denen es bisher keine Wohnbebauung gab, wie die Bebauung des Festplatzes bzw. des westlichen Teils der Hauptstraße verschließt sich die CDU-Fraktion.

Haushaltssicherung

Bei dem Haushaltssicherungskonzept sind wir für 2011 und 2012 davon ausgegangen, dass Einnahmeerhöhung durch Steuer- und Gebührenanhebung nur in geringstem Maße erfolgt und die Erhöhung wieder zurückgefahren wird, sobald der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist. Die Anhebungen reichten nicht aus. Deshalb hat der Rat am 13.12.2012 mit Zustimmung der CDU-Fraktion beschlossen, die Grundsteuer A auf 350 v. H., die Grundsteuer B auf 560 v. H. und die Gewerbesteuer auf 460 v. H. anzuheben. Diese Anhebungen hat die CDU-Fraktion als unumgängliche Konsolidierungsmaßnahmen unter der Maßgabe mitgetragen, dass diese Anpassungen nach Haushaltsausgleich wieder gesenkt werden. Der Bürger zeichnet nicht verantwortlich für die Finanzkrise und hat deshalb auch nicht ihre Lasten zu tragen. Diese Senkungen wurden bereits mit der Stellungnahme zum Haushaltsplan 2012 am 06.11.2011 sowie in der Ratssitzung am 13.12.2012 beantragt.

Das planerische Defizit des Vorjahres in Höhe von 3 Mio. € ist mit 300.000 € um 90 Prozent geringer ausgefallen, das ist gut so. Damit kann das Konsolidierungsziel früher erreicht werden bzw. strittige Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept genommen werden.

Prioritäten

1. Außerordentlich wichtig sind Maßnahmen für die Familie, Jugend und Schüler.

Nicht erst seit der bedrohlichen Entwicklung der Geburtenzahlen (d. h. auch Schülerzahlen) setzt die CDU auf vorrangige Förderung. Das betrifft Spielplätze, Kitas, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Schulen, Ganztagsschulen, sichere Schulwege etc.

2. Bürgerschaftliches und Vereinsengagement sind Säulen unseres kulturellen Gemeindelebens und bleiben unangetastet.

Kürzungen der freiwilligen Leistungen an Vereine und Organisationen werden nicht vorgenommen.

Wir sind stolz auf unsere Vereine und die gemeinnützigen Organisationen, wie auch unsere freiwillige Feuerwehr und die caritativen Einrichtungen. Die v. g. Vereine und Organisationen erfahren neben der Förderung durch die Kommune finanzielle Zuwendungen in Form von Spenden der Finanzdienstleister (Sparkasse und Volksbank) sowie von privaten Mäzenen. Gezielte Spenden sind aber nur möglich, wenn die Überschüsse z. B. der Sparkasse nicht in den kommunalen Haushalt fließen. Sonst würden sie zur Entlastung des Gesamthaushaltes beitragen, nicht aber zu einer zweckgebundenen Förderung dienen. Gerade aus diesem Grund hat der Rat s. Zt. mit einer Resolution einer Änderung des Sparkassengesetzes, die gemeinnützige zweckgebundene Förderung ausschloss, widersprochen. Ansinnen aus Nachbarkommunen, Überschüsse aus Eigenbetrieben, Töchtern (beides hat Holzwickede nicht) sowie der Sparkasse in den Haushalt fließen zu lassen, teilt die CDU-Fraktion nicht.

In letzter Zeit haben Privatpersonen und Firmen der Gemeinde Spenden zufließen lassen. Gerade in Zeiten äußerst angespannter Haushaltslage nehmen wir diese Spenden mit großer Dankbarkeit entgegen. Es sollte überlegt werden, ob die Spender nicht auf Dauer benannt werden, z. B. auf einer Tafel im Park o. ä.

3. Ehrenamtskarte

Ehrenamtsträger der o. g. Vereine und Organisationen leisten gemeinnützige unentgeltliche Arbeit für das Gemeinwohl und die Bürgerschaft. Wir sind stolz auf ihr Engagement, sie bilden unser kulturelles Gemeinde-

leben und tragen zur Sicherheit bei. Ihre Arbeit ist Anerkennung wert. Wir wissen um die Situation der Nachwuchsgewinnung. Deshalb beantragen wir als Fördermaßnahme und Dankeschön die Einführung einer Ehrenamtskarte mit freiem bzw. ermäßigtem Eintritt in unserem Einzugsbereich.

4. Synergien durch Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen nutzen.

Mit dem Haushaltssicherungskonzept wird verstärkt die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen auf den verschiedensten Feldern im Interesse von Synergien zu forcieren sein.

5. Projektierte Baumaßnahmen mit Fördergeldern.

An dem nördlichen Bahnhofsdurchstich wird festgehalten. Der Bahnhofsdurchstich von der Stehfenstraße sowie die Schaffung einer "Park & Ride"-Anlage sind nicht endgültig gestorben. Ihre Umsetzung wird jedoch zeitlich verschoben. Der Durchstich wird als ein Weg der Drei-Achsen-Lösung sowie als wesentlichen Beitrag der Wirtschaftsförderung und der Entwicklung der Bahn- und Industriebrachen angesehen.

6. Straßenbaumaßnahmen

Ostumgehung

Die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für die Ostumgehung steht nach mehrfacher Verschiebung bevor. An der Realisierung und ihrer Dringlichkeit wird im Interesse der Entlastung der Holzwickeder Bürgerinnen und Bürger sowie aller darauf konzeptionell und zeitlich ausgerichteter Maßnahmen festgehalten.

Holzwickede wird keine Zukunft haben, wenn nicht Investitionen in die Lebensadern erfolgen, wir müssen in die Menschen investieren, Menschen schützen und das Gemeinschaftsleben fördern. Mit der Umgehungsstraße soll diesem Ziel gedient werden. Der Bürger soll davon profitieren, ihm soll der Lärm genommen und Verkehr vor der Haustür entzogen werden. Jahrzehnte wird um die Verwirklichung gekämpft. Die Landesregierung NRW hat die Notwendigkeit dieser Straße erkannt und sie in den Straßenbaubedarfsplan mit vorderer Priorität aufgenommen.

Brücke Wasserstraße

Aus Verkehrssicherheitsgründen kann die Brücke nicht weiter genutzt werden. Als Alternativen bieten sich Abriss (270 T €), Abriss mit Neubau einer Alu-Fußgänger- und Radfahrerbrücke (280 T € / Abschreibungsdauer 80 Jahre) oder Sanierung der vorhandenen Brücke zur weiteren Nutzung auch für Kfz (290 T € / Abschreibungsdauer 40 Jahre). Aufgrund des geringen Kostenunterschiedes hält die CDU-Fraktion die Sanierung für die erstrebenswerteste und wirtschaftlichste Lösung.

Bänke

Im gesamten Gemeindegebiet sind 6 neue Ruhebänke mit Rückenlehnen (rd. 5 T €) aufzustellen, und zwar im Norden, in der Mitte am Weg zum Emscherquellhof und im Süden. Vielleicht lassen sich dafür Sponsoren gewinnen.

Sämtliche Ruhebänke in Holzwickede sind durchzunummerieren. Im Notfall würde dies dem Rettungsdienst die Anfahrt erleichtern.

7. Umwelt

Dem Ziel der Reduzierung von Strom- und Heizkosten mit den im Haushaltssicherungskonzept angedachten Maßnahmen wird gefolgt.

Einsparung von Energiekosten

Durch Veränderung des Nutzerverhaltens (im Rathaus und in Schulen) in Zusammenarbeit mit dem Energiebeauftragten.

Papiercontainer

Die Aussagen der CDU-Fraktion zu den Standorten der Papiersammelcontainer sowie der Kostenfreiheit für blaue Tonnen bleiben bestehen.

Wertstoffsammeltonne

Der Verwerter war mit Einführung der gelben Tonne nicht in der Lage, Elektronikschrott auszusortieren. Gerade dieser Schrott bringt dem System Erträge und sichert die Kostenfreiheit. Diese will die CDU-Fraktion gesichert wissen und hatte deshalb der Einführung der gelben Tonne nicht zugestimmt, weil Kostenfreiheit nicht garantiert wurde.

Sperrmüll-Gebühren

Die Sperrmüll-Gebühr ist für Holzwickeder Bürger im Vergleich zu anderen Kommunen recht hoch, insbesondere aber ggü. dem Nordkreis. Da dort viel Sperrmüll kostenlos eingesammelt wird, fällt dort zwangsläufig mehr an als bei uns. Damit ist der Kostenanteil an der Müllverbrennungsanlage in Hamm wegen des höheren Aufkommens auch größer. Darum wurde von der GWA neben dem Aufkommen auch die Einwohnerzahl jetzt seit Jahren als Schlüsselfaktor eingesetzt. Diese Kosten werden mit der grauen Tonne erhoben. Alle Bürger zahlen deshalb seit Jahren mehr als nötig mit der grauen Tonne für Sperrmüll, den sie in Holzwickede nicht anliefern. Als einzige Fraktion hält die CDU seit Jahren die höhere Gebühr für die Restmülltonne nicht für gerechtfertigt und versagt ihre Zustimmung. Alle anderen Fraktionen möchten dem Bürger die höheren Belastungen zumuten. Unser Sperrmüllaufkommen könnte auch erhöht werden, wenn wie im Nordkreis mindestens einmal jährlich eine kostenlose Sammelaktion durchgeführt würde. Wenn wir schon mit der grauen Tonne mehr zahlen, dann lieber für eingesammelten statt für nicht eingesammelten Sperrmüll.

8. Bebauung unter dem Aspekt der Familienansiedlung Emscherkaserne

Der demographische Wandel hat Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur einschließlich unseres Schulwesens. Die Politik der Holzwickeder CDU-Fraktion zielte immer darauf ab, familienfreundlich zu sein, um die Ansiedlung von Familien mit Kindern zu fördern. Holzwickede als liebens- und lebenswert mit bestem Standort und Schulsystem darzustellen reicht offensichtlich nicht aus. Deshalb hatte die CDU-Fraktion zum Haushalt 2007 mit dem vorgelegten Positionspapier zur Emscherkaserne vom 20.11.2006 beantragt, das Kasernengelände an der Margarethenstraße in Bauland für ansiedlungswillige junge Familien umzuwandeln. Dabei sollten als Anreiz Grundstücke preiswerter vergeben werden.

Deshalb hat die CDU-Fraktion am 06.11.2011 gefordert, ab 2012 das Kasernengelände an der Margarethenstraße der Bebauung für ansiedlungswillige Familien zuzuführen. Bauland für Familien mit Kindern ist preiswerter zu verkaufen. Im Übrigen wird auf unseren Antrag vom

14.02.2007 zum Haushalt 2007 verwiesen. Der Vorschlag des Seniorenbeirates, "Mehrgenerationenwohnen" zu berücksichtigen, kann aufgenommen und umgesetzt werden, wenn der Markt dafür gegeben ist.

Da neben der CDU nur die SPD aus den gleichen Gründen wie die CDU sich für die Umwidmung in Wohnbebauung ausgesprochen hatte, mündete dies in einem gemeinsamen Antrag der beiden Fraktionen vom 26.06.2012. Zwangsläufig ergeben sich Schnittmengen und damit gemeinsame Handlungsstrategien, wenn Fraktionen aufgrund erkannter Gründe gleiche Ziele unabhängig voneinander anstreben. Dabei wird keineswegs die Eigenständigkeit eigener Handlungsmaximen aufgegeben. Dagegen ist Solidarisierung der Bebauungsgegner mit unterschiedlichsten Zielen und unterschiedlicher Motivation nicht nachvollziehbar.

9. Friedhofserweiterungsfläche

Die vor Jahren angedachte Friedhofserweiterungsfläche wird nicht mehr benötigt. Die Gemeinde kann sich deshalb von diesem Grund trennen. Dem Verkauf von 7.150 qm entsprechend des Haushaltssicherungskonzeptes in 2014 in Höhe von 1.260.000 € abzgl. 300.000 € Erschließungskosten wird weiterhin zugestimmt.

10. Kinderspielplätze

Kinderspielplätze, die wegen rückgehender Kinderzahl nicht mehr genutzt werden, dürfen nicht aufgegeben werden. Wir wollen ja gerade für ansiedelnde Familien diese Plätze vorhalten. Das schließt nicht aus, dass aufgrund der Erschließung neuer Baugebiete neue Kinderspielplätze angelegt werden müssen und Verlagerungen von alten auf neue Plätze erfolgen.

In der Gemeinde gibt es Flächen, die nicht mehr als solche benötigt werden, für die sie errichtet wurden. Der Umwandlung in Bauland aus Gründen der Haushaltskonsolidierung wird zugestimmt. Dies gilt jedoch nur für solche Flächen, die sich als Bauland eignen und erschließen lassen.

Zur Disposition sind im Haushaltssicherungskonzept von der Verwaltung für 2014 die Spielplätze an der Böckmannstraße, Buchholzstraße, Kiefernweg und Nelkenweg vorgeschlagen. Der Spielplatz am Nelkenweg ist für eine Bebauung ungeeignet und wurde deshalb alleine von der CDU für den Verkauf abgelehnt. Im dortigen Bereich ist er für Kinder sinnvoll und nötig. Es hat sich herausgestellt, dass der Spielplatz am Kiefernweg nicht bebaut werden kann. Darunter befindet sich ein Schacht. Auch der

Spielplatz an der Schubertstraße lässt sich nicht verkaufen. Die Aufgabe der anderen Spielplätze setzt voraus, dass in unmittelbarer Nähe alternative bessere Spielplätze bereit stehen bzw. errichtet werden können. Vor dem Hintergrund, dass die CDU ein familien- und kinderfreundliches Bild für Holzwickede vor Augen hat, spricht sie sich gegen einen Eingriff in bestehende Kinderspielplätze aus, fordert dagegen die Neuerrichtung gut ausgestatteter Plätze in Neubaugebieten, wie z. B. auf der "Caroline" auch künftig auf dem Gebiet der "Emscherkaserne". Warum sollte Holzwickede um die Ansiedlung von Familien mit Kindern werben und gleichzeitig Spielplätze abbauen?

11. Festplatz

Wie in vergangenen Jahren würde die CDU-Fraktion ihre Zustimmung zur Festplatzbebauung versagen. Baukörper in den Dimensionen vorhandener Bebauung kann das Quartier nicht verkraften. Außerdem würde der Festplatz für das Schützenfest als Fest für Holzwickede nicht mehr im heutigen Umfang zur Verfügung stehen sowie für die dortigen Anwohner eine unzumutbare Belastung darstellen. Auch würde die Frischluftschneise in Ost-West-Richtung eine Barriere erfahren.

12. Parkautomat für "Park & Ride"-Anlage Bahnhofstraße

Als kleinste Gemeinde des Kreises Unna, eingebettet zwischen Dortmund, Unna und Schwerte, sind wir stolz darauf, als einzige Kommune keine Parkraumbewirtschaftung zu haben. Jeder Besucher ist uns willkommen, jeden Besucher verstehen wir als Gast der Gemeinde. Natürlich ist es ein Ärgernis, wenn Flughafen-Parker wegen der überhöhten Parkgebühren am Dortmunder Flughafen unseren Anwohnern über längere Zeit die Parkflächen blockieren. Deshalb wurden für besonders betroffene Gebiete Regelungen mit Anwohnerparkausweisen getroffen. "Park & Ride"-Anlagen sollen für längerfristiges Parken dienen, wenn andere Verkehrsmittel benutzt werden. So ist auf der Parkfläche an der Bahnhofstraße ein vermehrtes Parken durch Fahrzeuge mit auswärtigen Kennzeichen festzustellen, das ist unbestritten. Dies hat zwischenzeitlich zu einer Stigmatisierung aller Fahrzeuge im Gemeindegebiet mit Fremdkennzeichen geführt. Jeder Firmenwagenfahrer wird als lästiger Flughafen-Parker angesehen. Wenn ein Parkautomat auf der "Park & Ride"-Fläche mit oder ohne Gebühren aufgestellt würde, führte dies zu einer unliebsamen Verdrängung der sogenannten Fremd-Parker in umliegende Straßen, die heute noch nicht betroffen sind. Die Verwaltung hat diesen Verdrängungsprozess dargestellt und in den Klausuren erläutert. Es ist deshalb bei schmerzhafter Feststellung eine Güterabwägung vorzunehmen, ob Fremd-Parker zähneknirschend auf der "Park & Ride"-Anlage oder aber vor den Haustüren der Anwohner angrenzender Straßen akzeptiert werden müssen. Der Anspruch der individuellen Anlieger auf Parkraum vor seiner Wohnung erscheint uns höher als der kollektive Parkplatznutzer der "Park & Ride"-Anlage. Denn von einer regulierenden Maßnahme wäre auch ein Bahnnutzer betroffen, der mehr als einen Tag unterwegs ist. Für 2012 war Geld für einen Parkautomaten in den Haushalt gestellt. Im März 2012 wurde aber die Anschaffung eines solchen Automaten abgelehnt, weil der Anliegerschutz dem "Park & Ride"-Schutz Vorrang eingeräumt wurde. An dieser Begründung hat sich nichts geändert, die Aufstellung von Parkautomaten wird abgelehnt.

Es ist zwar ärgerlich, besonders in der Hochsaison die Verdrängungs-Parker des Flughafens aufzunehmen und für jeweilige Straßenzüge Regelungen zu treffen. Dies sollte uns nicht hindern, weiterhin nach intelligenten Lösungen zu suchen, um dem Flughafen mit seinen Parkgebühren entgegenzutreten. Denkbar wäre - vglb. dem Flughafen Paderborn/Lippstadt - eine noch unbebaute Wiesenbrachfläche im Gewerbegebiet "ECOPORT" bis zur Veräußerung kostenlos auf eigene Gefahr den Parkern zur Verfügung zu stellen. Damit würde auf einige Jahre der Parkdruck aus der gesamten Gemeinde genommen und der Flughafen hinsichtlich seiner Parkgebühren zum Umdenken gezwungen.

13. Flughafen

Der Dortmunder Rat hat die Verlängerung der Betriebszeiten mit verschobener Verspätungsreglung beschlossen, der Kreistag Unna, die Kreisstadt Unna wie auch die Gemeinde Holzwickede haben sich dagegen ausgesprochen.

Die CDU-Fraktion spricht sich weiterhin eindeutig im Interesse der Holzwickeder Bürger gegen eine Verlängerung der Start- und Landebahn, eine Erhöhung des Abfluggewichtes, die Ausweitung der Betriebszeiten sowie gegen den Nacht- und Frachtflug aus. Die heutige Regelung erlaubt größere Auslastung ohne die Lebensqualität der Holzwickeder Bürger zu beeinträchtigen und sie unzumutbarem Lärm auszusetzen.

14. Schullandschaft

Die CDU-Fraktion setzt sich für beste Ausstattung zum Wohle der Schüler ein.

Bei gegenwärtig nur noch 95 Geburten jährlich wird es problematisch, alle vier Grundschulen zu erhalten. Die Berücksichtigung von Nord und Süd und der beiden großen Konfessionen spielt dabei eine große Rolle. Die CDU-Fraktion möchte, dass alle Schulen erhalten bleiben. Bei Schülerrückgang entsprechend der bisherigen Entwicklung wir dies schwierig, wenn nicht gegengesteuert wird. Ohne mehr Kinder, auf die die CDU durch Zuzüge setzt, wird nur noch reagiert werden können. Die CDU möchte mit ihrer Ansiedlungspolitik agieren und Eingriffe in die Schullandschaft abwenden.

Die Errichtung der Sekundarschule sollte dem Ziel dienen, alle Holzwickeder Kinder auch in Holzwickede zu beschulen. Aufgrund der Haltung des Unnaer Schulträgers sowie der geringen Schülerzahl, die mindestens 75 Holzwickeder Sekundarschüler (Haupt- und Realschüler) pro Jahrgang (bei ggw. 95 Geburten) neben den Gymnasiasten betragen muss, war die Schaffung dieser Schulform trotz des Düsseldorfer Schulkonsenses nicht möglich. Es wurde am Status quo festgehalten, d. h. die CDU-Fraktion setzt sich für die sehr gute Hauptschule vor Ort ein und tut alles für ihren Erhalt. Das Ziel, alle Kinder vor Ort zu beschulen, wird weiter verfolgt.

15. CDU-Fraktion fordert weiterhin Förderung von Familien mit Kindern Holzwickede ist eine familienfreundliche Gemeinde Begrüßungsgeld für Kinder

Vor dem Hintergrund des drohenden Rückganges der Geburtenzahl ist es unbedingt geboten, Maßnahmen zu ergreifen, die dem entgegenwirken. Die Volkswirtschaft bezeichnet derartige Maßnahmen als antizyklisches Verhalten. Wir müssen jetzt in die junge Familie investieren. Die Gemeinde muss sich diese Investition etwas kosten lassen. Mit dem Haushalt 2012 hatte die CDU-Fraktion gefordert, für jedes neugeborene Kind ein Begrüßungsgeld als Symbol der Kinderfreundlichkeit zu zahlen. Bei 100 € wären dies rd. 10.000 € jährlich. Die anderen Fraktionen lehnten dies ebenso wie einen alternativ geforderten Familien-Pass (z. B. in Telgte) ab, da sie dies nur als Anreiz für ein Kind verstanden. Wir dagegen verstehen dies als ein Zeichen im Rahmen einer konzertierten Familienaktion. Wenn sich Holzwickede als kinderfreundlich präsentieren will, müssen alle Register gezogen werden. Daher wird der Antrag erneuert.

16. Attraktivität des Zentrums

Bei der Ansiedlung von jungen Familien mit Kindern stehen wir im Wettbewerb mit Nachbarkommunen, die ebenfalls um junge Familien werben. Den Ausschlag für Holzwickede wird nicht nur der Standort des Wohngebäudes und der Baupreis sein, sondern auch die günstige verkehrliche Anbindung, die Schullandschaft und die Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten, Banken und ärztlicher Versorgung. Das Zentrum muss dazu eine gute Aufenthaltsqualität bieten. Dazu hat die CDU bereits in den Vorjahren ihre Vorstellungen zur Attraktivität im Quartier zwischen Hauptstraße und Hamburger Allee sowie Bahnhofstraße bis Kirchstraße entwickelt. Der Festplatz sollte modulartig genutzt werden können. Entlang der Hauptstraße wurde auf Antrag der CDU das Angebot der Förderung von Fassaden-Renovierung unterbreitet, jedoch von nur einem Hauseigentümer genutzt. Fassaden-Renovierungen, die mit Energieeinsparmaßnahmen einhergehen, werden von staatlichen Förderprogrammen unterstützt. Es liegt im Interesse der Gemeinde, dass Leerstände von Ladenlokalen möglichst vermieden werden, deshalb wird seitens der CDU-Fraktion beantragt, dass in jedem Fall, der Wirtschaftsförderer der Gemeinde eine Beratung durchführt und seine Hilfe anbietet.

17. Personalkosten

Der Stellenplan ist Gegenstand des Haushaltsplanes. Von einer Kommune kann nur gute Arbeit gefordert werden, wenn sie dazu qualitativ und quantitativ gut ausgestattet ist. Den mit dem Haushalt vorgeschlagenen Maßnahmen wird zugestimmt.

Zur Entlastung des Personalhaushaltes können Aufgaben bzgl. der Sportstätten (z. B. Sportplätze, Stadion, Turnhallen) an die Vereine als Nutzer maßvoll und verantwortlich übertragen werden. Die Alternativ-Variante "Nutzungsentgelte" steht nicht zur Disposition.

Wir wünschen, dass es uns gelingt, mit dem vorliegenden Haushalt alle dringend notwendigen Maßnahmen im Interesse der Bürger umzusetzen, die Einflussnahme der kommunalen Selbstverwaltung auf das Finanzgeschehen in der Gemeinde zu erhalten und mit der Haushaltssicherung den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Alle in der vorstehenden Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2013 aufgestellten Forderungen werden zu Anträgen erhoben.

Die Stellungnahme wird unter www.cdu-holzwickede.de ins Internet gestellt.

Holzwickede, den 27.01.2013

Rolf Kersting Fraktionsvorsitzender